

Die freie Verfügbarkeit dieses Beitrages wurde ermöglicht durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Stabsstelle »Publikationen und wissenschaftliche Informationsdienste«



Hinweis zur Nutzung dieser PDF-Ausgabe

Für die Nutzung dieses Textes gelten die Bestimmungen des deutschen Urheberrechtsgesetzes.

Dieses Dokument ist für Privatpersonen somit ausschließlich für den persönlichen, nichtkommerziellen Gebrauch bestimmt.

Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern oder weiterverbreiten.

Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen ggf. vorhandene Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden.

© 2020 Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen

Berufsausbildung in Österreich

Summary: The fact that the Austrian Federal Government have persistently pursued their policy of full employment has for a long time kept conditions in the labour market stable and the rate of unemployment low. In order to be able to maintain this extremely favorable situation in the best possible manner despite the temporary setbacks in economic activity and employment caused by the international trend, new priorities are being fixed within the Austrian vocational training system. They include, for instance, not only the creation of new types of professions within the framework of technological and integrated environmental protection but also the improvement of educational standards of compulsory secondary education by introducing „add-on courses“ (Aufbaulehrgänge) and the setting up of specialized institutions of higher learning (Fachhochschulen).

Die konsequente Vollbeschäftigungspolitik der österreichischen Bundesregierung hielt lange Zeit den heimischen Arbeitsmarkt stabil und die Arbeitslosigkeit niedrig. Erst durch das internationale, auch die „westlichen Staaten“ belastende Konjunkturtief ließ die Arbeitslosenrate in Österreich auf sieben und mehr Prozente hochschnellen.

Zwei Faktoren können diesen, international gesehen immer noch nicht besorgniserregenden „Einbruch“ am österreichischen Arbeitsmarkt auffangen: Die *Wirtschaft* als Arbeitgeber (der öffentliche Dienst muß aus Budgetgründen in seiner Einstellungspolitik stark restriktiv vorgehen) und die *Ausbildung* als Arbeitnehmersicherung.

Die arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Zielvorstellungen faßte jüngst der österreichische Bundesminister für Arbeit und Soziales, Josef Hesoun, zusammen:¹

„Im Zuge der Internationalisierung muß ein Industrieland wie Österreich selbstverständlich seine Wirtschaft strukturell verändern und anpassen. Ich glaube, daß die derzeitige Konjunktur für die Wirtschaft so günstig ist, daß dieser Rückenwind sozusagen für eine innovative, hochwertige Wirtschaft ausgenutzt werden muß.

Gleichzeitig muß ich darauf hinweisen, daß wir in Österreich auf hochqualifizierte Produkte setzen sollten. Das heißt, wir dürfen nicht Billigwaren mit

billigen Arbeitskräften produzieren, sondern Produkte mit hohem technologischen Standard, deren Produktion entsprechende Qualifikationen voraussetzt und ein entsprechendes Lohnniveau bringt. Die Arbeitsmarktpolitik muß aber auch dazu beitragen, daß für eine Weiterentwicklung der Wirtschaft die geeigneten Fachkräfte vorhanden sind. Daher forcieren wir die Weiterbildung der Arbeitnehmer und die Umschulungs- und Höherqualifizierungsmaßnahmen für die Arbeitslosen. In der Lehrlingsausbildung müssen ebenfalls laufend Impulse gesetzt werden, um die Lehrlinge für die Anforderungen des Arbeitsmarktes auszubilden, doch liegt es an der Wirtschaft, entsprechende Reformen im Berufsbildungssystem nicht mehr länger zu blockieren, sondern endlich voranzutreiben.“

Ähnlich wie der Sozialminister argumentiert der Präsident der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Leopold Maderthaner:

„In der Wirtschaft werden ununterbrochen neue Arbeitsplätze auch mit neuen Berufsanforderungen geschaffen, weil die Entwicklung der Technik die Betriebe dazu zwingt, ihre Arbeitsplätze den neuen Erfordernissen anzupassen. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Anpassung bestehender Arbeitsplätze an neue Erfordernisse ist die natürliche Folge unseres marktwirtschaftlichen Systems, bei dem sich unsere Betriebe in der internationalen Konkurrenz behaupten müssen und so ständig auf dem Laufenden sein müssen. Die Handelskammerorganisation trägt insbesondere mit ihren Wirtschaftsförderungsinstituten wesentlich dazu bei, alle neuen Entwicklungen in den Betrieben aufzuzeigen. Es ist anzunehmen, daß die Zukunft wieder mehr dem „Generalisten“ gehören wird, der auch entsprechende Fähigkeiten im Bereich der Menschenführung aufweist.“

Eine zielgerechte Berufsausbildung (Minderung künftiger Arbeitslosigkeit) muß vor allem Rücksicht auf die ökonomisch-strukturierten Änderungen im nationalen und internationalen Wirtschaftsgefüge nehmen. Genau diesen Standpunkt analysiert auch eine ÖIBF-Studie („Aktuelle Arbeitsmarktsituation und neue Berufsanforderungen“). Wir zitieren:

„Die Änderungen in der Arbeitswelt, hervorgerufen durch Produktinnovationen, haben den Strukturwandel drastisch beschleunigt. Es ist möglich, Arbeitsprozesse vollautomatisiert ablaufen zu lassen, ja sogar geistige Arbeitskraft wird, z.B. in der elektronischen Informationsverarbeitung ersetzbar. Der Strukturwandel wird nicht nur die Anzahl und die Struktur der Beschäftigten betreffen, sondern auch grundlegende Änderungen bezüglich der Berufe, Berufsinhalte, Berufsanforderungen und notwendiger Qualifikationen bewirken. Mit welchen Konsequenzen für die Beschäftigten der Strukturwandel und die Übergänge in neue Berufsanforderungen in Zukunft noch vollzogen wird, ist insbesondere auch eine Frage politischer Intervention und Gestaltung.“

Die neuen Umweltberufe

Ein bis jetzt noch eher wenig berücksichtigter Faktor einer künftigen, ausgewogenen Beschäftigungssituation ist ein neues Berufsbild durch die Umweltverbesserung. Dazu die ÖIBF-Studie:

„Aufgrund umweltschutzbezogener Maßnahmen wird vor allem der Großteil der bestehenden Berufe um Umweltschutzqualifikationen erweitert, vergleichsweise selten werden ganz neue Umweltschutzberufe entstehen. Relativ oft werden jedoch vorhandene Berufe umweltspezifisch ausgebildete Berufsträger hervorbringen, z.B. Meß- und Regeltechniker - Umweltmeß- und Umweltregeltechniker.

Was das bildungsniveau der Arbeitskräfte anbelangt, so brauchen derzeit in Betrieben, die im Umweltbereich tätig sind, in erster Linie Facharbeiter, Fachschulabsolventen und Akademiker zusätzliche Umweltschutzqualifikationen; angelernten Arbeitskräfte werden im Zusammenhang mit Umweltschutzqualifikationen nur selten genannt.“

Bestehende Berufe, hauptsächlich sind dies Produktionsberufe in Gewerbe, Industrie, Bergbau sowie technische Berufe, werden um grundlegende und teilweise um spezifische Umweltschutzkenntnisse erweitert.

Die Entstehung *neuer Umweltberufe* wird, gemäß den Ergebnissen der ÖIBF-Studie „Umweltschutzmaßnahmen - Umweltschutzqualifikationen“, am ehesten in den Bereichen Reinhaltung bzw. Sanierung von Luft, Wasser, Boden, Vegetation für notwendig gehalten.

Für den Schutz der Natur sind Aufsichts- bzw. Informationsorgane notwendig.

- Umweltschutzbeauftragte
- Sicherheitsingenieure
- Umweltsachverständige/Umweltberater
- Umweltkontrolleure
- Umweltforscher

Es werden Berufe des technischen Umweltschutzes entstehen, z.B. geht es hier

- um die Planung von Anlagen
- um Genehmigungsverfahren zwischen projektierendem Betrieb und Genehmigungsbehörde
- um Kontrolle der Umweltbelastung
- um Überwachung durch die Behörden.

Im Bereich der Meß- und Regeltechnik sind eigene Umweltmeß- und Umweltregeltechniker vorstellbar, die mit der Messung von Grenzwerten bezüglich Lärm, Luft, Wasser, Boden, Energieeinsparung, Wohnraumklima betraut sind.

Umweltchemiker und Werkstoffingenieure werden auf dem Gebiet umweltfreundliche Werkstoffe und umweltfreundliche Produktionsverfahren arbeiten.

Umweltschutztechniker werden im Bereich Luftreinhaltung (Luftfilterbau und Katalysatorteknik) tätig sein.

Im Bereich Gewässerschutz sind Konstrukteure, Wartungsorgane und Prüfer von Anlagen zum Gewässerschutz vorstellbar.

Im Bereich Abfallverwertung und Abfallbeseitigung werden Umwelttechniker, Umweltfacharbeiter für Bau, Konstruktion, Wartung und Prüfung der Anlagen gebraucht.

Im Bereich Energieeinsparung sind Berater, Techniker, Prüfer und Konstrukteure für energieeinsparende Maßnahmen und energieeinsparende Anlagen vorstellbar.

Für den Umweltschutz des ländlichen Raumes werden künftig ebenfalls eigene Umweltfachleute notwendig sein. Die Leistungen der Agrarwirtschaft sind davon abhängig, daß bei steigenden ökonomischen Anforderungen die ökonomische Ausgewogenheit bestehen bleibt. Der ländliche Raum wird mehrfach genützt, zur Nahrungsversorgung, zur Trink- und Nutzwasserbereitstellung, zur Erschließung von Bodenschätzen, zur Bereitstellung von Verkehrs-, Freizeit- und Erholungsflächen, zur Unterbringung von Abfällen etc. Erforderlich sind verfahrenstechnische - meist ökonomische - Lösungen, die das naturbedingte Leistungspotential unserer Kulturlandschaft verbessern und erhalten helfen. Wichtig sind hier die Kenntnisse von agrarökonomischen Gesetzmäßigkeiten und die Fähigkeiten, diese innerhalb von sozialen Zusammenhängen zu bewerten.

Die Analyse bereits vorhandener Umweltschutzgesetze und -verordnungen sowie die Vorausschau auf künftig notwendige Umweltschutzmaßnahmen zeigt, daß folgende Maßnahmen (getrennt nach Umweltschutzbereichen) zum Teil bereits jetzt in Angriff genommen wurden, vor allem aber künftig durchgeführt werden müssen. Die Maßnahmen werden nicht nur berufliche Grundkenntnisse auf dem Gebiet des Umweltschutzes, sondern auch spezifische Kenntnisse nach Umweltschutzbereichen erforderlich machen:

- Luftreinhaltung und -sanierung
- Wasserreinhaltung und -sanierung
- Abfallbeseitigung und Rohstoffrückgewinnung
- Lärmschutz
- Natur-, Boden-, Landschaftsschutz
- Energieeinsparung

Die neuen Umweltberufe, die sich mit den obigen - sehr umfassenden - Aufgabengebieten beschäftigen, setzen eine gute, generelle und auch fachspezi-

fische Ausbildung voraus. Wie wichtig diese Art der Berufsausbildung (auch) in Österreich ist, beweist eine Statistik der Arbeitslosen nach Bildungsabschluß:

Die Gruppe der Pflichtschulabsolventen weist die mit Abstand höchste Arbeitslosenquote auf; die Quoten aller übrigen Bildungsebenen liegen z.T. deutlich niedriger als die Gesamtquote, die sich im Jahresabstand um 0,4 %-Punkte erhöhte. Am weitaus stärksten stieg allerdings die Quote bei den Pflichtschulabsolventen an (0,8 %-Punkte). Die Pflichtschulabsolventen kann man daher als „programmierte Arbeitslose“ bezeichnen.

Diese Statistik zeigt, daß der Anteil bei den Absolventen der Allgemeinbildenden Höheren Schulen 3,3 %, bei den Berufsbildenden Höheren Schulen 2,7 % und bei den Universitätsabsolventen 2,2 % beträgt.

Keine „Bildungssackgassen“...

Die österreichischen Bildungsexperten warnen vor sogenannten „Bildungssackgassen“, die über die Hauptschule „nur“ in die Berufsschule, bzw. in die Lehre führen. Neben der bisherigen Regelung (Hauptschule - Lehre mit Berufsschule) sollen daher ab 1993 drei sogenannte „Aufbaulehrgänge“ den Weg der Hauptschüler zur Universitätsberechtigung ebnen:

Aufbaulehrgang I:

Dieser dauert ein Jahr mit 25 Wochenstunden oder zwei Jahre mit 12 Wochenstunden und enthält Allgemeinbildung und Fachtheorie. Am Ende stehen mehrere Lehrabschlüsse in artverwandten Berufen.

- Die Dauer ist gleich, der Lehrplan enthält ebenfalls Allgemeinbildung und Fachtheorie, zusätzliche Betriebsführung. Am Ende steht die Meistervorprüfung mit Ausbilderbefähigung. Wer flott unterwegs ist, kann mit diesen Aufbaulehrgängen die Zeit zur Meisterprüfung verkürzen. Schäffer: „Die Wirtschaft würde dies anerkennen.“
- **Aufbaulehrgang III:**
- Bei gleicher Dauer mit Fachtheorie III und Allgemeinbildung III erreicht der Lehrling die Matura. Damit steht der Weg auf eine Fachhochschule, die in den nächsten Jahren auf den Gebieten Technik, Wirtschaft und Pflegedienste entstehen werden, und deren Abschluß in der EG anerkannt wird, und auf die Universität offen. Ein Kfz-Mechaniker könnte also Verbrennungsmotorentechnik in Graz studieren ohne „nur“ in die Schule zu gehen.²

Diese berufsbildungsmäßigen Reformschritte entsprechen dem allgemeinen Trend zur Matura (=Abitur).

Vergleicht man die Maturantenzahlen bei den verschiedenen Schultypen, so führt immer noch das Gymnasium. In den letzten Jahren ist jedoch die Konkurrenz der einzelnen berufsbildenden höheren Schulen (BHS) immer stärker ge-

worden. Die großen Gewinner sind dort vor allem die Handelsakademie und die höheren technischen und gewerblichen Lehranstalten (HTL).

Faßt man all diese BHS zu einer Gruppe zusammen, so hat im abgelaufenen Jahr bereits deutlich mehr als die Hälfte aller Jugendlichen an diesen Schulen maturiert. Demgegenüber haben im Jahr 1980 noch 2 von 3 Schülern ihre Studienberechtigung an einer AHS erworben.

So wichtig für den Einzelnen eine immer höhere Berufsausbildung auch ist, fehlen der österreichischen Wirtschaft vor allem (künftige) Facharbeiter, bzw. (heutige) Lehrlinge.

„Der Lehrlingsmangel spitzt sich in Österreich dramatisch zu, auf einen Lehrling kommen fünf offene Lehrstellen. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft.

Demnach gibt es den größten Engpaß in Salzburg: Dort standen im Juni 1991 für 70 Lehrlinge 1648 Stellen offen. In Niederösterreich kommt auf jede zehnte Lehrstelle ein Lehrling, in Kärnten steht das Verhältnis eins zu sechs. Am günstigsten ist die Situation in Wien, wo 391 Lehrausbildungsplätze für 287 Anwärter zur Verfügung standen.

Verantwortlich für den Lehrlingsmangel, so Helmut Knoblich vom Institut für Bildungsforschung, ist der Geburtenrückgang, der im vergangenen Jahr 3,8 Prozent betragen hat. Der größte Lehrlingsmangel ist im Dienstleistungssektor feststellbar, besonders in Fremdenverkehrsberufen fehlt der Nachwuchs. Im Handel ist der Mangel regional verschieden und trifft vor allem den ländlichen Bereich.

Doch ist auch ein Lehrlingsüberschuß feststellbar, so Knoblich. So macht sich bei den weiblichen Anwärtern in der Ausbildung zum Einzelhandels-, Großhandelskaufmann und Friseur die Konzentration der Mädchen auf acht Berufe besonders bemerkbar.“

...aber auch keine „Bildungsautobahn“

Die Angst vor den „Bildungssackgassen“, die – vor allem Hauptschülern – den Aufstieg zur Uni-Reife versperrt, sollte uns auch nicht ins andere Extreme treiben: „Bildungsautobahnen“, oder zumindest „-schnellstraßen“, an denen sehr viele Menschen mit „hoher (Bildungs-)Geschwindigkeit“ ihr (Uni-)Ziel erreichen, führen – außer zu einer akademischen Arbeitslosigkeit und zu einer sehr hohen Zahl von Studienabbrechern – vor allem zum gefürchteten Phänomen der Massenuniversität.

Anstelle von strengen Zulassungsverfahren und anderen Selektionsmöglichkeiten („*numerus clausus*“) bieten – in Österreich noch unerprobt – die *Fachhochschulen*, wenn schon keinen generellen Ausweg aus der gegenwärtigen Misere, so doch eine fühl- und spürbare Erleichterung der angespannten höheren Bildungssituation.

Den konkreten Anfang machte ein parlamentarisches Arbeitsübereinkommen vom 17.12.1990:

„Die Anpassung des berufsbildenden Bildungssystems an den europäischen Standard (EG-Konformität der Diplome) erfordert die Einrichtung von Fachakademien, die den Hochschulbereich ergänzen und entlasten und als Aus- und Weiterbildungsstätte für unterschiedliche Berufsfelder einzurichten sind. Fachakademien sollen grundsätzlich Absolventen von höheren Schulen und jungen Facharbeitern (nach entsprechender Qualifikation) offenstehen.“

Die Fachhochschulen sind keine „Schmalspuruniversitäten“, sondern eine echt Alternative zum Hochschulstudium.

„Ausgelöst von der Notwendigkeit der Entsprechung der beruflichen Befähigungsnachweise und damit der Konformität des Berufsbildungssystems mit den EG-Staaten, aber ebenso in innerstaatlichen – wirtschaftlichen wie arbeitsmarktpolitischen – Qualifikationserfordernissen begründet, sieht das Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung die Einrichtung von Fachakademien vor.

Es handelt sich hier um sechssemestrige (dreijährige) praxis- und wirtschaftsorientierte Alternativen zum Universitätsstudium, bei der allerdings – um dieses Desideratum gleich einfließen zu lassen – das „Allgemeinbildende“, wenn man will das „Humanistische“, österreichischer Bildungstradition folgend, nicht außer acht gelassen werden soll: über aller Berufsbezogenheit mögen die persönlichkeitsbildenden Interessen und Aufträge nicht vergessen werden.“⁴

Wie wichtig Fachhochschulen sind, beweist unter anderem die große Ratlosigkeit gar nicht so weniger Studienanfänger an den österreichischen Universitäten. Alfred Freundlinger (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft) hat fast 1000 „Jungstudenten“ nach ihrem eigentlichen Berufsziel befragt; fast die Hälfte (44 %) hatten überhaupt keine Vorstellung von ihrem künftigen Beruf. Dieser Anteil beträgt im Rahmen der Geisteswissenschaften 45,2 %, der Naturwissenschaften 33,1 %, der Technik 33,5 %, der Wirtschaftswissenschaften 56,9 % (!), und bei den (künftigen) Juristen 44,2 Prozent.

Selbst die Studenten, die über gewisse Berufsziele verfügen, konnten auf die konkreten Fragen nur „banal und nebulos“ (Freundlinger) antworten:

Die von den verbleibenden 56 % angegebenen Berufsziele bleiben zu einem großen Teil unscharf. Zum Beispiel wollen Biologiestudenten häufig Biologen werden, Psychologiestudenten Psychologen und Philosophiestudenten tatsäch-

lich Philosophen. Auch dieses Phänomen ist bei den Wirtschaftsstudenten besonders deutlich ausgeprägt. Einem Viertel jener Wirtschaftsstudenten, deren Berufsziel in die Kategorie „höhere Angestelltenberufe“ eingeordnet wurde, schwebt schlicht vor, Manager zu werden. Weitere 5 % stellen sich das noch einfacher vor und wollen Chef werden.

Die österreichische Berufsbildung steht vor großen Aufgaben, deren Bewältigung ein generelles Umdenken Richtung „Gesamteuropa“ verlangt. Das Grundprinzip dieser Umstellung heißt: Praxis und Leistung.

Anmerkungen:

¹ Aus einer Publikation („ÖIBF-Info“ 2/91) des Österreichischen Institutes für Berufsbildungsforschung.

² Daniela KITTNER: „Karriere durch Lehre“, in: „Neue AZ“, 29.7.1991.

³ Der Standard, Wien, 31.7.1991

⁴ Rudolf GÖNNER: „Wildwuchs bei Akademien“, in: „Die Furche“, Nr. 30/91.

Kurzbiographie:

Dr. PETER STIEGNITZ, Professor (geb. 1936); Studium der Soziologie; wissenschaftlicher Mitarbeiter des Landesarbeitsamtes Wien (1963–1973), persönlicher Pressereferent des Bundesministers für Arbeit und Soziales und seit 1984 Ministerialrat und sozialpolitischer Referent im Bundeskanzleramt-Bundespressdienst in Wien. Nebenberuflich als wissenschaftlicher Schriftsteller (bisher 12 Bücher und rund 5.500 Fachartikel publiziert) tätig. Zweimal erhielt er für wissenschaftliche Arbeiten den „Theodor-Körner-Preis“.

Anschrift: Bundespressdienst, Ballhausplatz 1, A-1014 Wien
(privat: Burgasse 122a/15, A-1070 Wien).